

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

5.3.1909 (No. 63)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 5. März

No 63

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranzbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1909

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 24. Februar d. J. gnädigst geruht, den etatmäßigen außerordentlichen Professor Dr. Hermann Thierich an der Universität Freiburg zum ordentlichen Professor für klassische Archäologie an der Universität Freiburg zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 18. Februar d. J. gnädigst geruht, den Notar Heinrich Schmidt in Wiesloch in den Amtsgerichtsbezirk Pforzheim zu verlegen.

Vom Justizministerium wird ihm der Notariatsdistrikt Pforzheim III. zugewiesen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 3. März.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Dadurch, daß die Budgetkommission eine Resolution beschloß, in der die Entsendung eines Zivilkommissars in das Obambogebiet verlangt wird, ist dem Staatssekretär die Verantwortlichkeit für etwa üble Folgen genommen worden; ebenso ist dadurch im Prinzip schon einem neuen Bahnbauprojekt zugestimmt worden. Ich verstehe nicht, wie Herr Dernburg es mit seiner Christlichkeit vereinbaren kann, die Ehe zwischen Weißen und Farbigen zu verbieten. (Lolde).

Vizepräsident Dr. Paasche: Sie haben von der Christlichkeit des Staatssekretärs gesprochen. Ich behalte mir vor, wenn mir der Wortlaut vorliegt, sie zur Ordnung zu rufen. Ich finde es geschmacklos, hierüber von der Tribüne des Reichstages zu sprechen.

Abg. Ledebour: Ich sagte: Gemeindeglieder, die sonst Vollbürger sind, wird die Vollbürgerschaft entzogen, wenn sie mit einer Eingeborenen verheiratet sind. Nun frage ich, wie die Herren, die jene Statuten erlassen haben, das mit ihrer Christlichkeit vereinbaren können. Darüber, daß die geschlechtlichen Beziehungen zwischen Weißen und Eingeborenen nicht gut sind, darüber sind wir uns alle einig. Auf diese Weise werden die Leute aber in das Konfubinat und die Promiskuität getrieben. Herr Noske ist bereit, auch auf die Gefahr hin, von dem Kriegsfreudigen Windhufser Bürgerverein mit leeren Bierflaschen trafiziert zu werden, mit in die Kolonie zu gehen. Da seine Mittel nicht ausreichen, müßten ihm allerdings Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden. Wie wäre es aber, wenn Herr von Schudmann einmal in den Verein für innere Mission unter christliche Jünglinge und Jungfrauen gehen und einen Vortrag halten würde über das Verbot der christlichen Ehe und die Förderung des Konfubinats und der wilden Ehe. Ob die Sache gut ablaufen würde? (Große Heiterkeit). Mit leeren Seltersflaschen wird er vielleicht nicht geworfen werden. Die Hände würden aber Jünglinge und Jungfrauen über dem Kopf zusammenschlagen, welche böser Geist in den Bruder Schudmann gefahren ist. (Schalende Heiterkeit). Dann können wir wohl nächstens noch eine Teufelsaustreibung erwarten. (Erneute Heiterkeit). Auch damit werden die christlichen Jungfrauen nicht einverstanden sein, daß man von ihnen im Tone des Windhufser Bürgervereins als von Material spricht. In nichtagrarischen Kreisen ist man hier zu Lande nicht an eine solche Ausdrucksweise gewöhnt. Auch den Ausländern müßte das Gemeindeglied zugehen werden. Sonst werden wir es noch erleben, daß sich Südwestafrika mit Südafrika unter englischer Herrschaft vereinigen wird und wir das Jusehen haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Semmler (ntl.): Es war unangebracht, daß Herr von Schudmann ironisch von Bahnbauprojekten sprach. Das beweist, daß er diesen großen Kolonialgedanken noch nicht richtig erfaßt hat. Im Justizwesen sollte man die Vereidigung der Reger lieber lassen. Man könnte da Wunder erleben.

Abg. Lattmann (Wirtschaftl. Vag.): Die Neukolonisierung des Gouvernements von Schudmann habe ich keineswegs als ironisch aufgefaßt, sie war vielmehr getragen vom vollsten Verantwortlichkeitsgefühl. Beim Bahnbau sollten möglichst deutsche Arbeiter beschäftigt und Handwerker zur Ansiedlung herangezogen werden.

Staatssekretär Dernburg: Handwerker sind schon mehr als genug in der Kolonie vorhanden. Mit den hohen Löhnen ist den Arbeitern nicht geholfen; wenn sie kein Kapital haben, würde nur ein Proletariat herangezogen werden. Vorhandene weiße Arbeiter werden selbstverständlich farbigen vorgezogen.

Vizepräsident Dr. Paasche: Mir liegt jetzt das Stenogramm der Rede des Abgeordneten Ledebour vor. Wenn auch der Ton der Ausführung nicht angenehm war, so liegt doch kein Anlaß zu einem Ordnungsrufo vor. (Hört! Hört!)

Damit schließt die Debatte. Der Gehalt des Gouverneurs wird bewilligt und die Resolution der Kommission auf Entsendung eines Zivilkommissars in das Obamboland angenommen. Einem Antrage des Abgeordneten von Hbern (Konf.) entsprechend werden zur Unterhaltung und Ergänzung des lebenden Inventars Futterkosten für Pferde usw. mit 360 000 Mark 380 000 Mark bewilligt. Der Rest des Etats wird ohne Debatte angenommen.

Die Etats für Neu-Guinea, für die Karolinen, Palaoos, Marianen, Marschall-Inseln und Samoa passieren ohne Debatte.

Es folgt der Etat für das Reichskolonialamt. Titel I (Gehalt des Staatssekretärs) ist bereits beim Etat für Ostafrika bewilligt. Hierzu liegt eine Zentrumsresolution vor, in der Anordnungen verlangt werden, in denen bestimmt wird, daß alle Verordnungen der Kolonialzentralverwaltung und der Gouverneurs der einzelnen Schutzgebiete dem Reichstage zur Kenntnisnahme vorgelegt werden und die Art der Veröffentlichung dieser Verordnungen zur Erlangung der Rechtsgültigkeit klargestellt wird. Nachdem Staatssekretär Dernburg die Erfüllung dieser Forderung in Aussicht gestellt hat, wird die Resolution angenommen. Eine Reihe von weiteren Positionen wird ohne Debatte genehmigt.

Bei dem Titel: „Beitrag zu den Unterhaltungskosten der Kolonialschule in Wigenhausen“ bringt Abg. Scheidemann (Soz.) den Schülerstreik in dieser Anstalt zur Sprache. Die Pädagogik scheint auf dieser Schule revisionsbedürftig zu sein. Die Schüler würden dort zum Vhantinnismus nach oben erzogen.

Staatssekretär Dernburg: Ich brauche in den Kolonien tüchtige, treu zu Kaiser und Reich stehende Beamte. Erziehung zum Vhantinnismus ist das noch lange nicht.

Der Rest des Etats wird bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in Verbindung mit dem Etat der Reichsdruckerei und der ersten Lesung des Entwurfes einer Fernsprechnetzordnung.

Abg. Dr. Fischer (Zentr.): Notwendige Reformen in Postwesen müssen bald durchgeführt werden. Im übrigen sollte aber auch hier die proklamierte Sparsamkeit, namentlich bei den Bauten, zur Durchführung kommen. Die Post ist ein Geschäftsbetrieb und muß nach geschäftlichen Grundsätzen betrieben werden. Die Fernsprechnetzordnung muß als reformbedürftig anerkannt werden. Einmal kommt die Verwaltung nicht mehr auf ihre Selbstkosten und andererseits muß ein gerechter Ausgleich der Telephonlagen in Stadt und Land eintreten. Während bisher der Großstadt das Gespräch etwa einen halben Pfennig kostete, müssen auf dem Lande dafür mehr als 30 Pf. bezahlt werden. Dazu kommt die kurze Lebensdauer der komplizierten und komplizierten Apparate. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Für Berlin wird es nicht zu einer übermäßigen Verteuerung kommen. Für diejenigen Teilnehmer, die die Einrichtung weniger ausgiebig benutzen, tritt sogar noch eine Verbilligung ein, da 2000 Gespräche nur 170 M., statt bisher 180 M. kosten werden. Ohne Frage wird unter gerechter Mehrbelastung einiger Großbetriebe eine allgemeine Erleichterung namentlich für das plattische Land eintreten. Die Bedenken gegen die Vorlage können vielleicht dadurch gehoben werden, daß ein etwas verbilligtes Abonnement eingeführt wird. (Beifall).

Staatssekretär Kräfte: Wenn die Post auch einen Geschäftsbetrieb darstellt, so hat sie doch als Staatsanstalt und als Monopolbetrieb große Verpflichtungen der Bevölkerung gegenüber. Sparsamkeit wird nach Möglichkeit geübt. Untergeordnete Funktionen werden nur noch von Unterbeamten ausgeübt. Ein gerechter Ausgleich zwischen Stadt und Land in bezug auf die Fernsprechnetzgebühren ist notwendig und gerade von einer Staatsanstalt zu verlangen. Die Vorarbeiten für die Tarifrevision sind begonnen, durch Anhörung von Vertretern des Handelstages, des Landwirtschaftstages, von Vertretern der Industrie und des Handwerks. Allerdings hört man immer nur die Stimmen derjenigen, die mehr zahlen sollen. In der Kommission bestand keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die jetzigen Gebühren für Wespredner zu gering sind.

Da arzuwidern. baaftronnunTTeenigebstGstiffM L emw Darauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Weiterberatung des Postetats. Schluß nach 6 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 4. März.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Postetats.

Abg. Dröcher (Konf.): Die Post ist kein reines Erwerbsunternehmen, sondern ein gemeinnütziges Institut. Für einen Geschäftsbetrieb wäre das Resultat trotz der recht beträchtlichen Ueberflüsse von rund 82 500 000 Mark nicht gerade glänzend. Die Besoldungsreform mit ihren Mehrausgaben bringt eine weitere erhebliche Verminderung des Betrages mit sich. Größte Sparsamkeit ist daher geboten. Mit der Aufnahme neuer Anwärter für die höhere Postkarriere muß sehr vorsichtig vorgegangen werden. Zur Beamtenentlastung sollten die Verkaufsaufgaben vermehrt und Schreibmaschinen u. Stenographie eingeführt werden. Der Dienst müsse dezentralisiert werden. Kleinere Postämter könnten mit bewährten Unterbeamten besetzt werden. Eine Revision der Postgebühr dürfe keine Verkehrserschwerung bedingen. Der Schalterdienst am Sonntag vormittag sei entbehrlich.

Abg. Singer (Soz.): Handel und Verkehr denken anders als Herr Dröcher über den Postbureaukratismus. Der sehr kurzen Dienzeit der oberen Beamten steht eine ungeheuer lange Arbeitszeit der niederen Beamten gegenüber. Es werden jubile Geldstrafen verhängt. Das Postprivileg der Landesfürsten sollte aufgehoben werden. Die neue Telephongebührenordnung ist durch und durch bureaukratisch. Das Telephon muß als Kulturmit-

tel zur Förderung des Verkehrs auch dem platten Lande zugutekommen, aber nicht auf Kosten der Allgemeinheit. Die Vorlage beweist die Sorgfältigkeit der Regierung gegenüber den Agrariern.

Berlin, 4. März. Der Finanzkommission des Reichstages lag heute ein von der Reichspartei eingebrachter Antrag vor, der in 7 Paragraphen folgendes bestimmt: Es soll eine Besitzsteuer von den Bundesstaaten erhoben werden, deren Gesamtbetrag alljährlich durch den Reichshaushaltsetat bestimmt wird und der bis zum 1. April 1914 100 Millionen nicht übersteigen darf. Von da ab soll er jedoch um höchstens 5 Proz. erhöht werden können. Eine Änderung dieser Bestimmungen soll nur durch das Gesetz möglich sein und vom Bundesrat als abgelehnt gelten, wenn 14 Mitglieder dagegen sind. Die auf die Bundesstaaten entfallenden Beträge dürfen nur durch allgemeine Steuern auf Einkommen, Vermögen oder Erbschaft aufgebracht werden. Wo eine Einkommensteuer oder eine allgemeine Vermögenssteuer nicht besteht, durch Extrasteuern von Grund- und Gebäudebesitz. Einkommen bis zu 3000 M. und Vermögen, die nach Abzug der Schulden 20 000 M. nicht erreichen, sollen von der Steuer frei bleiben. Die Erbschaften dürfen nur nach dem Erbschaftsgesetz vom 3. Juni 1906 besteuert werden, d. h. nur die entfernten Verwandtschaftsgrade. Wenn in einem Bundesstaate die nötigen Landesgesetze nicht rechtzeitig erlassen werden, bestimmt der Bundesrat die Zuschläge. Die Erhebung der Besitzsteuer soll spätestens vom 1. April 1911 ab erfolgen. Die Vertreter der Blockparteien erklärten, um ein positives Ergebnis zu schaffen, dem Antrage der Reichspartei zuzustimmen, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt einer anderen Stellungnahme in der 2. Lesung der Kommission.

Staatssekretär von Sydow erklärte, daß eine Stellungnahme seitens des Bundesrats z. Z. nicht möglich sei, da dieser über den Kompromißantrag noch keinen Beschluß gefaßt habe. Er sehe in dem Kompromiß die Absicht, vorwärts zu kommen, daher verzichte er auf eine Einzelkritik. Der Bevollmächtigte für Bayern schloß sich namens der anderen Bevollmächtigten des Bundesrates dieser Erklärung an und betonte, daß seine Regierung sich alles vorbehalte. Am Schlusse der Sitzung wurde der Antrag mit 15 Stimmen der Blockparteien gegen 13 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Damit ist der Zentrumsantrag erledigt. Morgen Tabaksteuer.

Die serbische Antwort.

(Telegramme.)

Belgrad, 4. März. In maßgebender Stelle wurde gestern abend erklärt, daß die serbische Regierung im Laufe des nachmittags ihre Antwort auf die von dem russischen Gesandten namens der russischen Regierung gestellten Anfrage überreicht habe. Gleichzeitig wurde erklärt, daß weder über den Inhalt dieser Frage noch über den Inhalt der serbischen Antwort offizielle Mitteilungen für die Öffentlichkeit gemacht werden konnten. Es kann nur versichert werden, daß die serbische Regierung weder kategorisch auf den bekannten serbischen Forderungen beharrt, noch, daß sie dieselben definitiv zurückgezogen hat. Nähere Angaben können erst dann gemacht werden, wenn die russische Gegenantwort vorliegt.

Belgrad, 4. März. Der Minister des Innern teilt sämtlichen Redakteuren der serbischen Zeitungen mit, die Antwort der serbischen Regierung auf die Ratschläge Rußlands sei vom Geiste friedfertigen Entgegenkommens erfüllt, so weit die Interessen Serbiens dies ermöglichen. Grund zur Beunruhigung liegen nicht vor.

Wien, 4. März. Zu den widersprechenden Gerüchten über die Haltung Serbiens gegenüber dem letzten Schritte Rußlands bemerkt das „Freundenblatt“: Der Standpunkt Oesterreich-Ungarns, der wiederholt genau präzisiert worden ist, braucht nicht nochmals entwickelt zu werden und steht fest, unberührt von jeder Stellung, welche die verschieden lautenden Nachrichten der serbischen Regierung zuschieben. Wir warten in Ruhe ab, was sich bewahrheiten wird.

Paris, 4. März. Eine Note der Agence Havas meldet: Serbien habe dem russischen Gesandten die Antwort mitgeteilt, die es den Mächten über-

mitteln wird. Es versichert darin seine friedlichen Dispositionen und bezeichnet seine militärischen Vorsichtsmaßregeln als reine Defensiv. Es wünsche lediglich die Wiederherstellung eines normalen Zustandes seiner Grenzen und vertraue den Mächten seine Interessen an, falls Europa die Annexion Bosnien und der Herzegovina anerkenne.

London, 3. März. Das neuterische Bureau berichtet seine frühere Meldung dahin, daß eingegangene Informationen zufolge die serbische Regierung gemäß den von Rußland erteilten Ratschlägen ihre Ansprüche auf Gebietsentschädigung zurückziehen wird.

Belgrad, 4. März. Der österreichisch-ungarische Gesandte ist von seinem achttägigen Urlaub hierher zurückgekehrt.

Cetinje, 4. März. Die Meldung ausmärtiger Blätter, daß Fürst Nikolaus im Fall der durch die Vermittlung Englands zu erlangenden Abtretung oder Verpachtung Spizjas seitens Oesterreich-Ungarns an Montenegro sich bereit erklärt habe, sich gänzlich von Serbien loszusagen und den Westteil Oesterreich-Ungarns über Bosnien und die Herzegovina offiziell anzuerkennen, wird als reine Erfindung bezeichnet.

Konstantinopel, 3. März. Die Kammer beschäftigte sich in der heutigen Sitzung mit der vom Minister des Innern erlassenen Verordnung betreffend die Angelegenheiten öffentlicher Versammlungen. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam der Abgeordnete für Beirut Suliman Vostani auf die Frage der Bagdadbahn zurück und beantragte Bildung einer Kommission zur Prüfung der Verträge. Auf die Erklärung des Vorsitzenden der Kommission für öffentliche Arbeiten, daß die Kommission den Minister ersucht habe, ihr alle Verträge, auch der die Bagdadbahn betreffenden Verträge vorzulegen, wurde der Antrag Vostani abgelehnt. Ein Antrag, Ermäßigung der Post- und Telegraphengebühren für die Presse einzuführen, wurde einer Kommission überwiesen.

St. Petersburg, 4. März. Der türkische Minister des Auhrens, Rifaat Pascha, ist heute früh hier eingetroffen.

Konstantinopel, 4. März. Der Handelsminister teilte dem Redakteur der „Zem Gazetta“ mit, daß der heute in Petersburg ankommende Minister des Auhrens Rifaat Pascha die Wahl zu treffen habe, ob die Regelung der Kriegsschädigung durch Kapitulation oder Konversion erfolgen soll. Die Hauptsache bleibe besonders der Zinsfuß. Die bulgarische Entschädigung wäre auf 125–150 000 000 Franken zu berechnen.

Der badische Arbeitsmarkt im Januar 1909.

Die fast allgemeine Geschäftstillheit hat sich bei den badischen Arbeitsnachweiser im Berichtsmontat meist noch schärfer bemerkbar gemacht als in den Vormonaten. Die Anstalten wurden von den Arbeitsuchenden in außerordentlichem Umfang in Anspruch genommen, so daß in der männlichen Abteilung die Zahl der Vormerkmale den Vormonat (Dezember 1908) um 6564 und den Vergleichsmonat des Vorjahres (Januar 1908) sogar um beinahe 8000 überholt hat. Die Tatsache, daß auch die Zahl der offenen Stellen in dieser Abteilung gegen die Vergleichsmonate nicht unerheblich (um 1236 bzw. 1132) zugenommen hat, findet neben einer hier und da beobachteten geringen Besserung der Geschäftslage hauptsächlich darin ihre Erklärung, daß durch Vermittlung einiger Anstalten die verschiedentlich eingerichteten öffentlichen Notstandsarbeiten vergeben wurden. Aus diesem Grunde ist dann auch die Zahl der Einstellungen um je rund 550 höher als in den Vergleichsmonaten.

In der weiblichen Abteilung war die Vermittlungstätigkeit fast allenthalben eine sehr rege. Es ist hier sowohl bei der Zahl der offenen Stellen und der Arbeitsuchenden als auch bei den besetzten Stellen eine ziemlich bedeutende Zunahme gegenüber dem Vormonat und dem Januar 1908 eingetreten; das Mehr beträgt bei den offenen Stellen 1816 bzw. 1389, bei den Arbeitsuchenden 1495 bzw. 1155 und bei den Einstellungen 476 bzw. 307.

Im einzelnen berichten die Anstalten, nach den „Statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden“, zur Lage des Arbeitsmarkts folgendes:

a. Männliche Abteilung:

In Baden liegt das Baugewerbe infolge der Kälte vollständig still. Auch in der Metallindustrie blieben Aufträge der Arbeitgeber fast ganz aus. Unter der großen Zahl von Arbeitsuchenden sind viele Haus- und Laufburshen, die sich jetzt schon für Saisonstellen in Hotels und Geschäften vormerken lassen. In Bruchsal schritt ein größeres Unternehmen der Maschinenindustrie zu Arbeiterentlassungen. Beim Arbeitsamt Freiburg hatte der Geschäftsbereich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung aufzuweisen, was darin seine Ursache hat, daß durch den anhaltenden Frost das Eisgeschäft vorübergehend viel Arbeitskräfte anzog. Außerdem wurden 100 Notstandsarbeiter eingestellt. Sonst war im allgemeinen die Arbeitslosigkeit besonders für gelernte Berufe sehr gering. Das Arbeitsamt Karlsruhe bezeichnet eine gewisse Besserung, namentlich bei den Berufsgruppen Metallverarbeitung, Holzindustrie und Bekleidungsindustrie, während im Baugewerbe — wie überall — noch Ruhe herrscht. Von den ungelerten Arbeitern konnten wieder etwa 150 Mann hier anständige, meist verheiratete Leute bei den von der Stadtverwaltung im Dezember v. Js. eingerichteten Notstandsarbeiten als Tagelöhner, Erd- und Waldarbeiter, Holzräger usw. Beschäftigung finden. Auch beim Arbeitsamt Konstanz ist zurzeit ein mäßiger Aufschwung im Bekleidungsindustrie zu verzeichnen. Im übrigen hat sich jedoch die Geschäftslage nicht gehoben; auch die Berichte der Filialen in der Seegengegend und auf dem Schwarzwald berichten von keiner Besserung, wohl aber von Arbeitsentlassungen und Arbeiterentlassungen.

In der Porzellanindustrie (Bijouterie-Branchen) konnten im Berichtsmontat 245 männliche Arbeitskräfte und 216 Lehrlinge, sowie 150 weibliche Arbeitskräfte und 100 Lehrlinge eingestellt werden. Infolge der noch immer gedrückten Lage in der Goldwaren-Industrie ist die Zahl der Arbeitslosen eine beträchtliche. Im Monat Januar haben sich wiederum 32 arbeitslose Goldarbeiter und 265 arbeitslose Sandwerker und ungelernete Arbeiter zu Notstandsarbeiten gemeldet, wovon 246 Personen vom Städtischen Tiefbauamt als Notstandsarbeiter eingestellt worden sind. Die Löhne für die Notstandsarbeiter wurden neuerdings wie folgt festgesetzt:

- a) für Ledige und Alleinstehende für den Tag . . . 2 M. 50 Pf.
- b) für Verheiratete mit 1–4 Kindern für den Tag . . . 2 M. 50 Pf.
- c) für Verheiratete mit mehr als 4 Kindern für den Tag . . . 3 M. — Pf.

b. Weibliche Abteilung:

In Baden waren unter der vermehrten Zahl von offenen Stellen und Arbeitsuchenden schon zahlreiche Saisonstellen angemeldet und gesucht. In Freiburg macht sich bereits wieder der Dienstbotenmangel etwas bemerkbar, während für Back- und Putzfrauen die Arbeitsgelegenheit immer noch ungenügend ist. Beim Arbeitsamt Forzheim herrscht immer noch Mangel an Dienstmädchen, Köchinnen usw. und auch in Waldshut fehlt es — wie im Vormonat — an landwirtschaftlichen Dienstboten und an Dienstmädchen, die suchen können.

Im ganzen wurden bei den 16 badischen Verbandsanstalten im Dezember 1908 gemeldet:

	Männl.	Weibl.	Zusammen
Verlangte Arbeitskräfte (offene Stellen)	5 415	4 060	9 475
Arbeitsuchende	20 877	3 486	24 363
Eingestellte Personen (vermittelte Stellen)	3 579	1 629	5 208

Es kamen sonach auf je 100 offene Stellen für männliche und weibliche Personen 385,5 bzw. 85,9 Arbeitsuchende; von je 100 männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden wurden 17,1 bzw. 46,7 eingestellt, und von je 100 offenen Stellen für männliche und weibliche Personen wurden 66,1 bzw. 40,1 durch die Verbandsanstalten besetzt.

Ferner wurden durch die Arbeitsnachweiseinrichtungen von 4 Bäder-Vereinen (Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim), 3 Metzger-Vereinen (Freiburg, Heidelberg und Mannheim), 3 Barbier-, Friseur- und Friseurmacher-Vereinen (Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim), 1 Wirt-Verein (Mannheim), sowie durch den nicht zum Verband gehörigen Arbeitsnachweiser der Stadt Konstanz im ganzen für männliches Personal gemeldet: 292 offene Stellen, 402 Arbeitsuchende und 194 besetzte Stellen.

Die Stellenvermittlungseinrichtungen für weibliche Personen von 18 gemeinnützigen und professionellen Wohltätigkeitsanstalten (2 in Baden, 1 in Bruchsal, 2 in Freiburg, 2 in Heidelberg, 5 in Karlsruhe, 1 in Konstanz und 5 in Mannheim) verzeichneten im Januar insgesamt 2118 offene Stellen, 1351 Arbeitsuchende und 670 Stellenbesetzungen.

Schließlich wurden von 30 Filialen des Arbeitsamts Konstanz (Naturalverpflegungsinstitutionen) im Januar vorgemeldet: 18 918 Arbeitsuchende (Banwerker) und 241 offene Stellen; von den letzteren konnten 198 besetzt werden.

Bei 4 Naturalverpflegungsinstitutionen des Kreises Waldshut — ohne die Stadt Waldshut selbst — welche Stellenvermittlung besorgen, waren im Januar 7 offene Stellen angemeldet, welche sämtlich besetzt wurden.

Im Geschäftsbereich der Verwaltung der Großherzoglichen Staatsbahnen waren auch im Januar offene Stellen nicht gemeldet; dagegen hatten sich bei 23 Dienststellen insgesamt 729 Arbeitsuchende vormerken lassen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 4. März.

Gestern Abend wohnte Seine Königliche Hoheit der Großherzog einer musikalischen Soiree bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen und Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Mar an.

Heute vormittag empfing Seine Königliche Hoheit den Legationsrat Dr. Seyb und den Minister Freiherrn von Bodman zur Vortragserstattung.

Nachmittags und abends folgten die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherr von Babo und Dr. Nicolai.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion wird uns mitgeteilt: William Shakespeares „Cymbeline“ gelangt in der Bearbeitung von W. Dechelhäuser zur Aufführung. Diese Bearbeitung basiert auf der Schlegel-Tiedckschen Uebersetzung und sucht den engsten Anschluß an das Original zu gewinnen. Sie beschränkt sich auf Kürzungen und auf ein Zusammenlegen der übergroßen Szenenzahl, wie es die meisten Stücke Shakespeares erfordern. Eine selbständige Uebersetzung, und auch dies nur im Umfange von einigen Zeilen, hat der Bearbeiter lediglich im Schlusssatz vornehmen müssen.

(Königliches Konservatorium für Musik.) Am Mittwoch den 3. März fand eine eingehendes Vorspiel der Ausbildungsklassen statt. Das nächste Vorspiel (Vorbereitungsclassen) wird Dienstag den 9. März, abends 6½ Uhr im Konzertsaal veranstaltet.

(Gründung des Zweigvereins Karlsruhe des katholischen Frauenbundes.) Unter dem Vorsth des Landesrats Schmidt fand gestern im Rathausaal eine Versammlung zur Gründung eines Karlsruher Zweigvereins des seit 1904 bestehenden katholischen Frauenbundes statt. Der Saal und die Galerie waren, naturgemäß überwiegend von Frauen aus allen Bevölkerungsschichten, überfüllt. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden hielt Frau Dr. Amman einen eingehenden Vortrag über das Thema „Die Frauenbewegung und die katholischen Frauen“. Sie schilderte, wie durch den Eintritt der Frau in das Erwerbsleben, sich die Stellung der Frau in der Familie veränderte und wie daraus aus materiellen Gründen die Frauenfrage entstanden sei, die aber auch eine Bildungs-, eine Rechts- und eine ethische Frage sei. Durch festen Zusammenschluß würden die Frauen am besten für die Lösung dieser Fragen wirken können. Der katholische Frauenbund wolle, wo es geht, mit den evangelischen und interkonfessionellen Frauenvereinigungen zusammenarbeiten. Der katholische Frauenbund will positiv arbeiten im religiösen und patriotischen Sinn. Er will die Frauen sammeln und über die Frauenfrage unterrichten. Der Unterschied zwischen dem katholischen Frauenbund und den anderen sei der, daß er die Frauenfrage auf religiöser Grundlage lösen wolle in strenger Vereinigung mit der Kirche. Der Frauenbund ist eine Organisation für die Frau, nicht gegen den Mann; die Frau soll die Gehilfin des Mannes bleiben. Die Rednerin schildert dann die Arbeit des katholischen Frauenbundes, der für die Besserstellung der Frauen in ihrer Berufstätigkeit eintritt. Frau Amman erwähnte dann mit dankbaren Worten, daß sie von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise empfangen worden sei, die stets ein warmes Interesse für die humanitären Bestrebungen der Frauenvereinigungen betätigte und die diese Bestrebungen die Morgenröthe einer neuen Zeit genannt habe. Die Rednerin schloß mit den Worten, daß der Frauenbund aus Liebe zu Gott, aus Liebe zu den Mitmenschen, zum Wohle des ganzen Volkes arbeiten wolle. Die Statuten fanden nach kurzer Beratung einstimmige Annahme. Gestlicher Rat Stadtdelen Knörzer überbrachte die Glück-

wünsche des Erzbischofs, der die Wahl des Pfarrkuratens Stumpf zum geistlichen Beirat des Zweigvereins bestätigt habe. Pfarrkurat Stumpf dankte für die Wahl und sprach die besten Wünsche aus. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzende: Frau v. Teuffel; 2. Vorsitzende Frau Landgerichtsrat Schmidt; 1. Schriftführerin Frau Regierungsrat Siebert; 2. Schriftführerin Frl. Ernst; 1. Schatzmeisterin Frau Baronin v. Bodman; 2. Schatzmeisterin Frau Wörner. Die Damen: Frau Oberregierungsrat Schmidt, Frau Dr. Laßmeyer, Frau Dr. Matheis und Frl. Winter wurden zu Beirätinnen gewählt. Zum Ausschuh gehören die Vorsitzenden der angeschlossenen Vereine, außerdem wurden in den Ausschuh gewählt: Frau Gräfin Rüdiger v. Collegen, Frau Baronin Erz. v. Schönau-Wehr, Frau Baronin v. Hornstein und Frau Galm. Es erfolgten zahlreiche Beitrittserklärungen, darunter 24 Vereine und 400 Einzelmittglieder.

Der Karlsruher Wirtverein hielt am Mittwoch nachmittags im Rechenaal der „Karlsruhe“ seine Monatsversammlung ab, die vom 1. Vorsitzenden Herrn Schmidt begrüßt wurde. Derselbe gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung des in Darmstadt zu unerwartet aus dem Leben geschiedenen Direktor Meinerer und seiner hohen Verdienste um die Förderung der Interessen des Wirtgewerbes, denen er sein Leben widmete. Als Direktor der Sterbe- und Haftpflichtkasse habe er ganz Hervorragendes geleistet. Nachdem noch Herr Glahner über die Befreiung des Wirtgewerbes berichtet, erhoben sich die Anwesenden zum ehrenden Andenken desselben von ihren Sitzen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Mittelstandsbevægung zur Debatte gestellt, über welche Herr Haas vom Ausschuh der hier bestehenden wirtschaftlichen Vereinigung das Referat übernommen hatte. Die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse habe einen Lauf genommen, daß eine Änderung dringend geboten sei; aus diesen Gründen heraus sei die Mittelstandsbevægung entstanden, die die Aufgabe habe, die Angehörigen des Mittelstandes zusammenzufassen. Vor allem müsse man dahin wirken, daß die Vertretung des Mittelstandes im Parlament eine Stärkung erfahre. Der Mittelstand mache 69 Prozent der gesamten Steuerzahler aus und sei im Parlament sehr schwach vertreten. Die Mittelstandsbevægung sei von keiner politischen Partei angeführt und lediglich die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellen. Herr Glahner ist für den Anschluß an die Mittelstandsbevægung. Die Frage werde die sein, ob der Verein in corpore oder in seinen einzelnen Mitgliedern der Vereinigung beitreten solle. Herr Haas verbreitete sich nochmals über die Organisation und hebt hervor, wie die letzten Wählerauswahlführen im ganzen Land unter dem Gedanken der wirtschaftlichen Vereinigung gestanden hätten. Auch die nächsten Landtagswahlen würden jedenfalls große Überzeugungen bringen. In der weiteren Debatte trat auch Bahnhoftwirt Stelzer für den Anschluß an die wirtschaftliche Vereinigung ein. Der Vorsitzende Schmidt erklärt in einem Schlußwort, daß der Verein in seiner nächsten Versammlung sich über den Anschluß schlüssig machen werde. Der Präsident des Landesverbandes Glahner teilt mit, daß die in der Schrepphischen Versammlung gewählte Flaschenbierkommission aus 9 Wirten, 9 Brauereirepresentanten und 3 Flaschenbierhändlern bestanden werde, doch würden die letzteren aus den ersten Sitzungen ausgeschlossen sein. Abirgens werde sich die Angelegenheit noch in die Länge ziehen, da die Brauer erst das Schicksal der geplanten Biersteuer abwarten wollen. — Eine kurze Debatte entfiel über die Plakatssteuer, die eine gute Einnahme bilde und auf deren Einhaltung der einzelne Wirt bedacht sein müsse. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde die stark besuchte Versammlung nach 6 Uhr geschlossen.

K.V.V. (Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs für Karlsruhe und Umgebung) hielt dieser Tage unter der Leitung seines Vorsitzenden, Stadtrat Dietrich, eine stark besuchte Ausschuhung im kleinen Rathausaal ab. Stadtrat Dietrich erstattete in kurzen Umrissen den Jahresbericht, indem er ein erfreuliches Bild von der Tätigkeit des Vereins gab. Aus den Mittel. sei hervorgehoben, daß besonders die Frequenz der öffentl. Auskunftsstelle sich ganz erheb. gesteigert hat. So wurden in derselben 1904 380 Führer, dagegen 1908 5519 abgegeben; auch Proschüren über die hiesigen Lebens-, Wohnungs- und Steuerhältnisse wurden vielfach verlangt. Die Zahl der Auskunftsstellen betrug 1904 über 2000, 1908 5300. Des Weiteren berichtet der Vorsitzende über weitere Vereinsrichtungen, zu denen auch ein Telephon im Kiosk gehöre, das leider nur eine spärliche Benützung erfahre. Der Austausch von städtischen Ansichtskarten in Lichtbildern sei jetzt eingerichtet. Mit 47 Städten hat der Verein Vereinbarungen getroffen, um dort die Lichtbilder vorzuführen. Einen Hauptgegenstand der Beratung bildete die Führerfrage. Der kleine Führer, voriges Jahr in 10 000 Exemplaren hergestellt, sei vergriffen, wobei allerdings das Sängerkreis die Mehrzahl in Anspruch genommen habe. Inzwischen habe als Ersatz ein kleiner illustrierter Prospekt genügt, der alle sachlich notwendigen Angaben enthält und in 10 000 Exemplaren hergestellt worden ist. Jetzt sei aber ein neuer Führer notwendig. Hierauf wird der Vorschlag für 1909 bekannt gegeben, der mit einer Einnahme und Ausgabe von 5390 M. abschließt und genehmigt wird. Es wurde hierauf die Generalsammlung auf Mittwoch den 10. März, abends 8 Uhr, festgesetzt. Aus der Mitte der Versammlung heraus entstand eine Aussprache über die Angriffe, die in der letzten Zeit die städtischen Festhallenmascabälle erfahren haben. Es wurde, so hob der Vorsitzende hervor, eine Vertiefung der Bestrebungen des Verkehrsvereins sein, wenn er sich nicht mit dieser Frage beschäftigte. Seit 33 Jahren beständen die Festhallenmascabälle. In Mannheim, Heidelberg, Baden-Baden, Forzheim und in anderen Städten fanden Mascabälle statt, die große Anziehungspunkte für Fremde seien. Auf diesen Mascabällen seien städtische Beamte in großer Zahl zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ordnung anwesend, und eine besondere Kommission sei für die Mäße eingesetzt. Die Mäße seien aber nicht nur von hier, sondern auch aus den benachbarten Städten und Orten stark besucht, so daß der Verkehrsverein allerdings ein lebhaftes Interesse daran habe, Angriffe auf dieselben, die geeignet sind, falsche Begriffe von diesen Veranstaltungen auswärts zu verbreiten, zurückzuweisen. Diesen Ausführungen wurde vom Ausschuh zugestimmt.

(Aus dem Polizeibericht.) Im Sommer 1899 wurden einer Familie, die damals auf der Kaiserstraße wohnte, aus unterschloffenen Wandschrauben im Werte von etwa 300 Mark gestohlen und da sich das damalige Dienstmädchen der Wirtslohlen durch sein Verhalten äußerst verdächtig machte, wurde es in Untersuchungshaft gezogen; nach 14 Tagen aber wieder auf freien Fuß und später außer Verfolgung gesetzt. Nachdem nun der Diebstahl bereits verjährt, lief bei der Kriminalpolizei eine hier aufgekommene Postsendung ein, welche die gestohlenen Gegenstände, zwei offene Briefe, an die Kriminalpolizei und an die Wirtslohlen, und ein verschlossenes Kuvert ohne Adresse enthielt. In dem Briefe an die Kriminalpolizei wird dieser mitgeteilt, daß der reumütige anonyme Abfänger vor bald 10 Jahren die Sachen gestohlen, und daß dafür ein Dienst-

mädchen unschuldig habe hüben müssen. Im weiteren hat er die Gegenstände den Bestohlenen zurückzugeben und das geschlossene Kabinett dem ehemaligen Dienstmädchen, sobald es ermittelt, zuzustellen. Im zweiten Briefe hat der Abtender die Bestohlenen um Verzeihung. Das ehemalige Dienstmädchen, das sich in der Zwischenzeit mit einem Tagelöhner verheiratet, wurde in G. ermittelt und ihm das geschlossene Kabinett zugestellt. Dasselbe enthielt ebenfalls einen anonymen Brief, worin der Abtender um Verzeihung bittet sowie einen Hundertmarkschein als Entschädigung für die feinerzeit unschuldig erlittene Unterjuchungshaft.

„Aufgefundenes Geld.“ Es wurde aufgefunden: am 13. Februar 1909 im Zug 1225 ein Geldbeutel mit 3,98 M., abgeliefert in Gröningen; am 19. Februar 1909 auf Dampfböden „Stadt-Konstanz“ der Betrag von 5 M., abgeliefert in Konstanz; am 21. Februar 1909 im Zug 742 ein Geldbeutel mit 5,63 M., abgeliefert in Karlsruhe Hauptbahnhof; am 21. Februar 1909 im Zug 971 ein Geldbeutel mit 7,60 M., abgeliefert in Bruchsal; am 26. Februar 1909 auf dem Hauptbahnhof in Heidelberg der Betrag von 10,05 M. und 50 Eis.

S. Mannheim, 3. März. Der Bürgerausschuß beschäftigte sich gestern in fünfstündiger Sitzung mit der vom Stadtrat vorgelegten Serie von Kreditübererhebungen bei den hiesigen Bauten und sonstigen Unternehmungen. Am bedeutendsten ist, abgesehen vom Kaufhausneubau, die Übererhebung des Kredits beim Bau der Humboldtschule in der Neckarstadt, für die feinerzeit 932 000 M. bewilligt wurden, während der wirkliche Aufwand 1 053 506 M. (+ 121 506 M.) beträgt. Beim Bau der Schillerschule am Neckarauer Übergang wurde der Kredit von 800 000 M. um 87 042 M., beim Bau der Lessingschule (Reformschule) der Kredit von 527 000 M. um 55 065 M. überschritten. Die Herausgabe des Jubiläumswertes und die Anstufung des Stadtbücherei erforderlich einen Aufwand von 86 448 M., während für diesen Zweck nur 60 800 M. bewilligt worden waren. Die teilweise enormen Übererhebungen werden vom Hochbauamt mit der mitunter exorbitanten Erhöhung der Materialpreise und mit dem Patum begründet, daß nach der Genehmigung des Voranschlags noch eine Anzahl Wünsche befriedigt werden mußten, so daß es teilweise zu Planerweiterungen kam, die nicht vorgesehen waren. Der Oberbürgermeister suchte die zu erwartende Minderleistung durch die Mittelteilung einzudämmen, daß der Stadtrat beschließen habe, bei Schulbauten zuerst den Plan vorzuschlagen und dann erst den spezialisierten Voranschlag vorzulegen. Des Weiteren wurde mit der Wauausführung künftig erst begonnen werden, wenn das Planmaterial auf das genaueste ausgearbeitet sei. Trotz dieser beruhigenden Versicherungen wurde das Hochbauamt und der Stadtrat lebhaft angegriffen. Aber es bleibt nach mehrstündiger Debatte schließlich nichts anderes übrig, als die Übererhebung zu bewilligen. Dagegen wurde die Erbauung eines Volksschulgebäudes am der Augustanlage mit einem Aufwand von etwa 100 000 M. abgelehnt. Um 1/2 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen, weil der demokratische Stadtverordnete Zahnarzt Langeloth auf dem Korridor des Sitzungssaales, wo die Stadtverordneten zu promeneren pflegen, von einem Schlaganfall betroffen wurde, der eine rechtsseitige Lähmung und sofortige Bewußtlosigkeit herbeiführte. Langeloth, der erst nach den letzten städtischen Wahlen für ein ausgeschiedenes Mitglied in das Kollegium gewählt wurde, hatte kurz vorher noch gesprochen. Der Rest der Tagesordnung wurde bis zu der am 16. d. beginnenden Budgetberatung zurückgestellt.

Heidelberg, 4. März. Die am 9. Februar vorgenommene Wahl der Niederstbesteuerten zum Bürgerausschuß ist durch einstimmigen Beschluß des Heidelberger Bezirksrats für ungültig erklärt worden. Durch die Verhandlungen wurde dem „Heidelberger Tageblatt“ zufolge festgestellt, daß die Vorschriften bezüglich der Isolierzelle von einer großen Anzahl, mindestens der Hälfte der Wähler, nicht beachtet wurden, ferner daß teils der Sozialdemokraten auf einer großen Anzahl von Zetteln die Namen sämtlicher bürgerlichen Kandidaten plan- und gleichmäßig mit Iteal und gleicher Tinte geschrieben waren.

Vom Bodensee, 3. März. Wie wir vernehmen, werden sich demnächst drei Architekten der Neuroner Ordensstation nach Jerusalem begeben, um daselbst die Leitung des Baues der an bester Stelle zu errichtenden Wallfahrtskirche zu übernehmen. — Bei der jüngst erfolgten Verteilung des vormaligen Cw ald fchen Anwesens in Überlingen wurde das Angebot der dortigen evangelischen Gemeinde mit 36 000 M. akzeptiert. — Der Untersee ist seit einigen Tagen vollständig zugefroren. Am Samstag wurde bereits die für Schlittschuhläufer fahrbare Strecke nach Jänang abgeteilt. Radolfzell bildet jetzt den Sammelpunkt zahlreicher Sportfreunde. — In der verfloffenen Nacht hellte sich in der ganzen Seegegend ein reichlicher Schneefall ein, der im Interesse der Landwirtschaft und des Holzhandels willkommen geheißen wurde.

„Kleine Nachrichten aus Baden.“ Das 14 Monate alte Schändchen eines Tüchlers in Mannheim fiel in einen vollen Wassereimer und ertrank. — Der verheiratete Bijouteriefabrikant Wilhelm Greccelius von Forstheim, der kürzlich gegangen ist, hat wie jetzt festgestellt wurde, gegen 5000 M. in Bar, sowie erzwundene Edelsteine und sonstige Waren im Werte von etwa 9000 M. mitgenommen. — Seitern fand nach der „Freiburger Zeitung“ in der chirurgischen Klinik die Einnahme des früheren Studenten Karl Fischer statt. Dabei wurde festgestellt, daß Fischer — entgegen der bisherigen Annahme, er habe im Einverständnis mit der Kellnerin K. selber gehandelt — diese gegen ihren Willen getötet hat. Als Grund der ungeliebten Tat gab Fischer an, er habe das Mädchen keinem anderen lassen wollen. Demnach wäre Eifersucht das Motiv gewesen. — Die Säuberegehilfen in Konstanz haben am 1. März den Tarif gekündigt und den Meistern einen neuen unterbreitet. — Die Dampfschiffahrt auf dem Untersee und dem Rhein mußte ab 27. Februar zum zweiten Male in diesem Winter wegen starker Eisbildung eingestellt werden.

III. Tagung des Landesgewerbeberats.

I.

Karlsruhe, 4. März.

Zu dem Sitzungssaal des Ministeriums des Innern fand heute eine Sitzung des Landesgewerbeberats statt. Der Vorsitzende des Landesgewerbeberats, Geh. Regierungsrat Dr. Cron, eröffnete nach 9 Uhr die Sitzung und begrüßte den Vertreter der Regierung, Herrn Ministerialrat Schneider. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betrifft die „zeitgemäße Gestaltung der Ausstellungen von Gesellschaften und Lehrlingsarbeiten“. Hierzu liegt eine Denkschrift vom Landesgewerbeamt vor, in welcher die Grundzüge der jetzigen Organisation und der etwa in Betracht kommenden Änderungen derselben bekannt gegeben werden. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Handwerkerkammer und einige Vereine sich dazu geäußert hätten. Nachdem in der letzten Zeit wiederholt Wünsche auf Aenderung des Ausstellungswesens beim Landesgewerbeamt vorgebracht worden seien, scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, mit Rücksicht auf die Änderungen der Gewerbegesetzgebung, die Frage zu unteruchen, ob und in welcher Hinsicht etwa eine Anpassung der Einrichtung an die neuzeitlichen Verhältnisse am Platze sei. Der Vorsitzende stellt folgende Kardinalfrage zur Debatte: Soll künftighin auf die

Prämiiierung von Arbeiten junger Leute, welche die Gesellenprüfung noch nicht bestanden haben, verzichtet werden oder soll der gegenwärtige Modus bestehen bleiben? Als hauptsächlichste Aenderung wird vom Landesgewerbeamt der von den Handwerkskammern und aus den Kreisen der Handwerkschaft selbst unterstützte Vorschlag gemacht, Wertpreise und Diplome künftig nur noch an solche Personen zu verleihen, welche die Gesellenprüfung bestanden haben. Haußer-Mannheim befragte eine Regelung des Ausstellungswesens im Sinne der Denkschrift; die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten solle beibehalten werden, die Prämiiierung aber in Wegfall kommen. Bea-Freiburg tritt diesen Ausführungen bei, während Marti-Konstanz mit dem ganzen Lehrlingsausstellungswesen aufräumen möchte. Rednermeister Weiß tritt für die bisherige Einrichtung ein unter Teilnahme der gewerblichen Vereinigungen an den Prämiiierungen. Stadtrat Osterka befürwortet die Borneahme der Prämiiierung am Schluß der Lehrzeit der Lehrlinge. Die Gewerbevereine sollten sich der Aufgabe unterziehen, Lehrlinge die gute Schulung aufweisen, mit Prämien zu bedenken. Nach weiteren Debatten stellt der Vorsitzende noch fest, daß der Gewerbeverein Bühl sich in einer Zuschrift für Beibehaltung der bestehenden Einrichtung ausgesprochen habe. Weiter stellt der Vorsitzende die grundlegende Frage zur Abstimmung: „Soll künftighin die Prämiiierung mit Geldpreisen und Diplomen in Wegfall kommen bei Leuten, die die Gesellenprüfung noch nicht abgelegt haben; soll ihnen aber gestattet sein, mit ihrer Arbeit zur Ausstellung zu kommen und soll denselben dann eine Anerkennung zugebilligt werden? Diese Fragen werden mit großer Mehrheit bejaht. Außerdem wird festgesetzt, daß die Lehrlinge nach Abschluß des zweiten Lehrjahres zu den Ausstellungen zugelassen werden. An den wesentlichen nach gleichen Grundbächen wie bisher zu veranstaltenden Ausstellungen und Prämiiierungen von Gesellschaften soll festgehalten und es soll auf sie, der erhöhten Bedeutung der Gesellenprüfung entsprechend, der Hauptnachdruck gelegt werden. Haußer-Mannheim tritt für Beibehaltung der Gesellenprüfung im Sinne der Denkschrift ein. Nicht nur das Gesellenstück, sondern auch die theoretische Kenntnis müsse dabei beachtet werden.

Eine längere Debatte entfiel über die Form der Preise. Haußer regt an, solche in der Form von Sparfassenbüchern zu gestalten, ebenfalls sollte man von direkten Geldpreisen absehen. Besondere Wünsche der einzelnen Vereine bei Auswahl der Preise sollte man berücksichtigen. Die gewählten Sparfassenbücher müßten allerdings bis zu einer gewissen Zeit, vielleicht bis zum 21. Lebensjahre, gesperrt werden. Der Vorsitzende hegt Bedenken gegen die Einführung von Sparfassenbüchern als Prämien und macht auch rechtliche Bedenken gegen die Sperre geltend. Es dürfte deshalb am besten sein, die Preisbestimmung der Handwerkskammer zu überlassen, wobei Wünsche der jungen Leute im Rahmen des Geldpreises zu berücksichtigen seien. Von einzelnen gewerblichen Vereinigungen sei der Wunsch ausgesprochen, die Preisauswahl den gewerblichen Organisationen zu überlassen. Bea-Freiburg gibt eine Reihe von Zeitfragen bekannt, nach denen die Preisfrage zu behandeln sei im Interesse der Sparbarkeit und Gerechtigkeit. Regierungsrat Maier tritt für Wider und zwar solche allgemein bildender Natur ein. Der Vorsitzende stellt als Ansicht der Versammlung fest, daß es wünschenswert sei, die Prämiierten nach ihren Wünschen zu fragen und bei Gewährung von Sparfassenbüchern dieselben bis zum 21. Lebensjahre mit einer Sperre zu belegen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wilhelmshaven, 3. März. Seine Majestät der Kaiser kehrte gestern nach dem Frühstück bei Admiral v. Fischer auf die „Deutschland“ zurück und erledigte dann Regierungsgeschäfte.

Wilhelmshaven, 4. März. Die „Deutschland“ ging mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord heute Vormittag 11 Uhr in der Richtung nach Helgoland in See, gefolgt von dem kleinen Kreuzer „München“ und zwei Depeschenträgern. Das Musikkorps des 2. Seebataillons spielte die Nationalhymne. Die Küstenbatterien gaben den Kaisersalut.

Helgoland, 4. März. Die „Deutschland“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord ist mit den Begleiterschiffen kurz nach 1 Uhr hier eingetroffen. Das Wetter ist schön.

Berlin, 4. März. Die gestern dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangene Novelle zum Stempelsteuer-gesetz schlägt vor, von den für die Beamtenbeholdungsgesehe noch zu bedeckenden 16 Millionen 7/8 Millionen durch neue Stempelgebühren und 8 1/2 Millionen durch Errihtungsstempel zu decken. Unter anderem ist die Erhöhung des Stempels für Abtretung von Gesellschaftsanteilen von einem Fünftel auf zwei Fünftel Proz. in Aussicht genommen. Für die Mietverträge und für sonstige Pachtverträge ist die Erhöhung des jetzigen Steuersatzes auf ein Fünftel Prozent vorgeschlagen. Weiter schlägt der Entwurf vor, die Einführung eines besonderen Steuersatzes von 10 Prozent für Jagdpachtverträge von mehr als 300 Mark Pacht. Als Ersatz für die abgeleitete Gesellschaftsteuer schlägt die Novelle die Erhöhung des Ertragsstempels für Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. vor.

Odenburg, 4. März. Der odenburgische Landtag nahm gestern mit 26 gegen 16 Stimmen das neue Schulgesetz an, das eine bedeutungsvolle Neuregelung und Reform des Schulwesens bringt. Die geistliche Schulaufsicht bleibt in abgeschwächter Form bestehen.

Stuttgart, 4. März. Die Erste Kammer tritt am 15. März zur Beratung der Bauordnung zusammen.

Agram, 3. März. Heute begann die öffentliche Schlussverhandlung in dem großherzoglichen Hochverratsprozeß, der sich gegen 53 Angeklagte richtet. Die Staatsanwaltschaft hat 250 Zeugen vorgeladen; ebenso hoch wird die Zahl der Entlastungszeugen sein. Die heutige Sitzung war mit Vorlesung der Akte ganz angefüllt; die nach wegen ihres Umfangs die morgen stattfindende Sitzung beanspruchten wird.

Gnaa, 4. März. Prinz Heinrich der Niederlande reist morgen zum Besuch seines Onkels, des Fürsten zu Bentheim, nach Burgsteinfurt und sodann zu kurzem Aufenthalt nach Berlin. Er wird am Sonntag oder Montag zurückkehren.

London, 4. März. Die Abreise Seiner Majestät des Königs nach Frankreich ist wegen Schneeeisums im Kanal auf morgen verschoben worden.

London, 4. März. Zur Reise Seiner Majestät des Königs nach Biarritz wird amtlich mitgeteilt, daß die Aerzte dem König geraten haben, die Monate März und April aus Gesundheitsrücksichten nicht in England zu verbringen.

Madrid, 4. März. Seine Majestät der König ist von Sevilla nach Algeciras abgereist.

Grentown, 3. März. Der frühere Oberhäuptling des Zululandes, Dinizulu, der überführt wurde, während des Aufstandes im Jahre 1906 Rebellen eine Zufluchtsstätte gewährt zu haben, wurde zu 4 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 100 Pfd. Sterling verurteilt.

St. Petersburg, 3. März. Zum Verweiser des Amtes als Generalkommandeur des Kronstadter Defens und als Militär-gouverneur von Kronstadt wurde Konteradmiral Wirnenius ernannt.

Verschiedenes.

Berlin, 4. März. Blättermeldungen zufolge ist der seiner Zeit wegen der Affäre mit dem Journalisten Becker mit schlichtem Abschied entlassene Leutnant von Vismarck durch kaiserliche Kabinettsordre in die Kategorie der verabschiedeten Offiziere zurückversetzt worden. Auch wurde ihm anheim-gestellt, in einigen Monaten, zunächst als Reserveoffizier wieder in die Armee einzutreten.

Bremen, 4. März. Wie aus London gemeldet wird, kamen die am Zwischenhandelsverkehr nach Südamerika beteiligten deutschen, englischen, französischen, holländischen und spanischen Linien in ihrer mehrtägigen Sitzung zu einer Verständigung, wodurch die bestehenden Differenzen ausgeglichen, und die Preise wieder auf eine normale Höhe gebracht werden.

Stuttgart, 4. März. Wie der „Schwäbische Merkur“ aus Langenargen meldet, ist dort gestern im Garthof zum Schiff Feuer ausgebrochen, das bei starkem Weststurm so rasch um sich griff, daß das Hotel samt den Nebengebäuden bis auf den Grund abbrannte. Eines der Nebengebäude war von fünf Familien bewohnt, die nichts als ihr Leben retten konnten.

Galz, 4. März. Hier hat sich aus Vertretern von 70 Gemeinden der Oberämter Galz Leonberg, Nagold und Neuenburg ein Verband zur Errichtung eines großen gemeinsamen Elektrizitätswerkes gebildet, dessen Kosten auf 2,6 Millionen Mark veranschlagt sind.

Paris, 4. März. Die radikalen Blätter verlangen unter Hinweis auf die von den „Camelots du Roi“ angezettelten Aufrührungen und besonders auf die von ihnen verübten Verhöhnungen der Denkmäler des Senators Trarieu und Scheurer-Kesners, daß endlich entschiedene Maßnahmen gegen die rojalistischen Freibreien ergriffen werden.

Messina, 3. März. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Kabel in der Meerenge von Messina sind vollendet. Die Kabel weisen Brandschäden auf, was für die Annahme spricht, daß die Ursache des Erdbebens eher unterseeische vulkanische Explosionen als tektonische Weben gewesen sind.

Wien, 4. März. Der Newyorker Kunstmägen Hugo Reisfinger hat dem Germanischen Museum der Naturhistorischen Staatssammlungen ein Bild Kaiser Wilhelms geschenkt. Die Ankündigung des Geschenkes wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Schneewetter.

Berlin, 4. März. Nachdem der Schneefall gestern nachmittag aufgehört hatte, gelang es, die wichtigsten Straßenzüge wieder passierbar zu machen. Am Dienstag hatte die städtische Straßenreinigung 9000 Fuhrer Schnee zu bewältigen.

Wien, 4. März. Aus Lemberg werden ungewöhnlich heftige Schneestürme gemeldet. Mehrere Eisenbahnzüge blieben in Galizien im Schnee stehen. Auf der Hauptlinie Lemberg-Bodwoloczka wurde der Verkehr eingestellt. Nach Meldungen aus Trient haben in Tirol infolge des Tauwetters zahlreiche Lawinenstürze Schaden und Verkehrsstörungen herbeigeführt.

Bon der Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 4. März. Der für heute geplante Aufstieg des „Zeppelin L.“ mußte, wie der „Tag“ erfährt, infolge Motorefekt verschoben werden.

London, 3. März. Unterhaus. In einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage erklärte Premierminister Asquith, das Problem der Luftschiffahrt nehme die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch, sowohl im Heeres- als auch im Flottenbudget sei Vorkehrung getroffen, welche Sicherheit schaffe, daß die Frage der Verwendung von Luftschiffen in der Kriegsführung zu Wasser und zu Lande von der Admiralität und dem Kriegsam gründlich untersucht werden würde.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 5. März. Abt. B. 41. Ab. Vorst. „Die guten Freunde“, Lustspiel in 4 Akten von Sardou. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Heinrich Laube. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 4. März 1909.

Hoher Druck lagert bei Island; ganz Mitteleuropa sammt dem Nord- und Ostseegebiet bildet ein Gebiet niedrigen Druckes, das Minima über Belgien und über Schweden aufweist. Dieser ungleichmäßigen Luftdruckverteilung entsprechend ist das Wetter unbeständig mit zeitweisen Schneefällen. Der Frost hat im Süden des Reiches nachgelassen, im Norden hat er meist noch zugenommen. Unbeständiges und etwas mäßigeres Wetter mit weiteren zeitweisen Schneefällen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 4. März, früh.

Lugano bedeckt 1 Grad; Biarritz Regen 8 Grad; Nizza bedeckt 4 Grad; Triest Regen 5 Grad; Florenz bedeckt 6 Grad; Rom wolfig 8 Grad; Brindisi wolkenlos 6 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Beobacht. Zeit in mm	Wind	Himmel
3. Nachts 9 ⁰⁰ U.	736.2	0.3	4.5	97	SW	heiter
4. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	736.7	0.3	4.0	85	"	"
4. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	736.6	3.3	3.1	53	"	bedeckt

Höchste Temperatur am 3. März: 3.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1.0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 4. März, 7⁰⁰ früh: 0.5 mm. Schneehöhe am 4. März 7⁰⁰ früh: 3.5 cm.

Wasserstand des Rheins am 4. März, früh: Schufterinsel 0.63 m, gefallen 2 cm; Rehl 1.21 m, gefallen 3 cm; Maxau 2.94 m, gestiegen 3 cm; Mannheim 1.64 m, Stillstand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Konfirmations-Geschenke Reiche Auswahl eingetragener Bilder in allen Preislagen

E. Büchle,
Kunsthändler und Rahmenfabrik
149 Kaiserstrasse 149

Brauerei Schrempf

empfiehlt

„Fidelitas - Bier“

Jedem böhmischen hellen Bier mindestens gleichwertig

Deutsches Erzeugnis!

Karlststraße 65 X.27 Fernsprecher Nr. 12 u. Nr. 612

Badischer Kunstverein.

Die diesjährige Verlosung der Anrechtscheine findet am **17. März d. Js., nachm. 3 Uhr**, im Sitzungszimmer des Vereinslokals statt und machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß nur die Nummern der bis dahin bezahlten Beiträge pro 1909 daran teilnehmen. X.576

Der Vorstand.

Deutsche Effecten- & Wechsel-Bank.

Die Aktionäre der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank werden hiermit zu der

Samstag den 27. März 1909, vormittags 11 Uhr,
in unserem Banklokale zu Frankfurt a. M. stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung
eingeladen (§ 24 der Statuten).

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das sechsunddreißigste, sich vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1908 erstreckende Geschäftsjahr.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Jahres-Rechnung und der Bilanz, sowie Antrag auf Genehmigung der Entlastung für den Vorstand und den Aufsichtsrat.
3. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
5. Statutenänderung und zwar:

Zu §§ 3 und 4: Die durch die Vollzahlung des Grundkapitals erforderlich gewordenen Änderungen.

Zu § 5 Absatz 1: Einschaltung der Worte „auf Beschluß des Aufsichtsrats“ nach „Vollzahlung“ und vor „gegen“.

Zu §§ 21 und 34: Ergänzung betreffend Bildung von Aufsichtsrats-Ausschüssen und deren Befugnisse.

Zu § 33: Korrekture Fassung des letzten Satzes betreffend Vorlagen zur Einsicht der Aktionäre.

Zu § 38: Die aus dem Wegfall des dritten Publikationsorgans sich ergebenden Änderungen.

Zu Folge § 26 der Statuten haben Aktionäre, welche an der Generalversammlung Teil nehmen wollen, sich spätestens am 22. März 1909 durch Hinterlegung ihrer Aktien bei uns (die vom 29. März 1909 an gegen Rückgabe der Hinterlegungsscheine wieder ausgeliefert werden), auf unserem Bureau auszuweisen, oder die Hinterlegung bei einem deutschen Notar dadurch nachzuweisen, daß sie dem Vorstande der Gesellschaft vor oder spätestens zwei Tage nach Ablauf der Hinterlegungsfrist einen ordnungsmäßigen, die Nummern der Aktien enthaltenden Hinterlegungsschein des deutschen Notars in Verwahrung geben, und empfangen dagegen die Eintrittskarten zur Generalversammlung.

Die Formulare der Hinterlegungsscheine, welche in doppelter Ausfertigung einzureichen sind, werden in unserem Banklokale ausgegeben.

Frankfurt a. M., den 2. März 1909. X.586

Der Vorstand der Deutschen Effecten- & Wechsel-Bank.
Sabin. Scherzberg.

Medizinalpraktikanten gesucht.

An den Lungenheilstätten Friedrichsheim und Luisenheim, Post Randsheim im badischen Schwarzwald, sind zum 1. April 1909 zwei Medizinalpraktikantenstellen zu besetzen. Gehalt monatlich 100 Mark bei freier Station. Gest. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf mit Angaben über Alter, Konfession, Gesundheitszustand usw. erbeten an die Direktion X.410.32

der Heilstätten
Friedrichsheim und Luisenheim.

Komfortable Wohnung

von 7 bis 8 Zimmern nebst Zubehör wird auf 1. Juli gesucht. Offert. unter **X 525** an die Expedition d. Bl.

In einem zwischen Durbach und Gengenbach hoch und schön gelegenen Landhause sind

drei möblierte Zimmer

die einzelnen Sommermonate hindurch zu vermieten. Näheres unter **O. M. M. 17, postlagernd Straßburg i. G.** X.585.3.1

Bürgerliche Rechtskreise.

Labung.

X.563.2.1. Nr. A. 2616. Bahl. In der Prozeßsache des prakt. Arztes Dr. med. Friedrich Bahl in Bahl, vertreten durch Rechtsanwalt Karl Christ in Bahl, gegen den Kaufmann Eugen Bernheimer von Bahl, z. Bt. an unbekanntem Orten, wegen Forderung blieb im Termine vom 24. Februar 1909 die Sache beruhen. Auf Antrag des Klägers ist neuer Verhandlungstermin vor dem Großh. Amtsgerichte hierseits, Zimmer Nr. 10, bestimmt auf Donnerstag, den 27. Mai 1909, vormittags 9 Uhr, zu welchem der Kläger den Beklagten hiermit ladet. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dies bekannt gemacht. Bahl, den 1. März 1909. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts: **Rönninger.**

Öffentliche Zustellung einer Klage.

X.564.2.2. Nr. 4369. Heidelberg. Die Ehefrau des Schuhmachers Georg Friedrich Bender Christine geb. Bender zu Eschelbach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Sabin in Eschelbach, klagt gegen ihren Ehemann, früher zu Eschelbach, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, mit dem Antrage auf Scheidung der am 16. Juni 1870 zu Eschelbach geschlossenen Ehe aus Verhulden des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Heidelberg auf **Mittwoch, den 19. Mai 1909, vormittags 9 Uhr**, mit der Aufforderung, einen bei dem gebachteten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Heidelberg, den 1. März 1909.
S. Schneider,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Konkursverfahren.

X.584. Nr. 2524. II. Karlsruhe. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Karl Pannasch, zuletzt in Karlsruhe, z. Bt. an unbekanntem Orten, wurde heute am 2. März 1909, nachmittags 7/8 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Kaufmann Moritz Seiserfeld wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. April 1909 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Freitag den 26. März 1909, vormittags 11/12 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, den 22. April 1909, vormittags 11/12 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 2 A, II. Stock, Zimmer Nr. 10/12, Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindefiskus zu verabsolutieren oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 25. März 1909 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, den 3. März 1909.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 2.

Konkursverfahren.

X.591. Konstanz. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Robert Friel in Konstanz ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverdict, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände und zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die den Mitgliedern des Gläubigerausschusses für deren Geschäftsführung zu gewährende Vergütung bestimmt auf **Montag den 22. März 1909, vormittags 9 Uhr**, Konstanz, den 26. Februar 1909. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Vogel.**

Konkursverfahren.

X.527. Nr. 2317. Pforzheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Möbelhändlers Erhard Reinhold ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf **Montag den 22. März 1909, vormittags 9 Uhr**, vor Gr. Amtsgericht III hier, II. Stock, Zimmer 15. Pforzheim, den 25. Februar 1909. Der Gerichtsschreiber: **Lohrer.**

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Schloßer Joseph Klefenz in Ettlingen und seine Ehefrau Anna geb. Krüger haben um die Ernächtigung nachgesucht, den Familiennamen des am 3. September 1869 zu Ettlingen geborenen Heinrich Klefenz und der am 28. Februar 1894 dafelbst geborenen Emma Josephine Klefenz in „Kriger“ zu ändern.

X.589. Etwaige Einwendungen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen 3 Wochen dahier geltend zu machen.

Karlsruhe, den 28. Februar 1909.
Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. X.612.
In Vertretung:
Hüblich. Frey.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Feuerwehrtüfers für den Distrikt IV - Singen und Umgebung - des Amtsbezirks Konstanz ist neu zu besetzen.

Bewerber um diese Stelle aus der Zahl der im Bezirke wohnenden Bautechniker und Bauhandwerker mögen ihre Gesuche unter Anschließung von Zeugnissen über fachmännische Befähigung und Reumund binnen zwei Wochen schriftlich bei Großh. Bezirksamt Konstanz einreichen.

X.609

Staatlich geprüfte Werkmeister erhalten den Vorzug.

Konstanz, den 3. März 1909.
Großh. Bezirksamt.

Holzversteigerung.

Großh. Forstamt Baden versteigert mit üblicher Vorgriffbewilligung am

Dienstag, den 9. März l. J., vormittags 10 Uhr,
im Schützenhause zu Baden aus den Domänenwaldabteilungen I 11, 13, 16 und II 8 (Blennwald, Dicker Schlag, Eberbrunnen und Rensfeld): 90 Bauge-

stangen I, 30 II, 20 Hopfenstangen I, 40 Stiefelchen I Klasse und 30 Bohnenstrecken; 1 Ster eichenes Kuchholz; 585 Ster Buchene, 62 eichene, 28 gemischte, 221 Nadelholz, Scheiter, 87 Ster Buchene, 24 gemischte, 110 Nadelholz-Prügel, 247 Ster Reis-Prügel, sowie 20 Vose Schlagraum.

Die Forstwarte Holz in Baden, Westermann in Baden-West und Eller in Gersteinburg zeigen das Holz auf Verlangen vor. X.606

Ruchholzverkauf.

Großh. Forstamt Staufen II verkauft im Wege des schriftlichen Angebots aus den Untermünsterhäuser Domänenwaldungen unter den üblichen Bedingungen nachverzeichnetes **Laubholz** in 4 Losen:

48 Buchen II.-V. Kl. mit 58,14 Fm. (Vos I); 4 Eichen III.-V. Kl. mit 3,02 Fm. (Vos II); 9 Ahorn IV.-VI. Kl. mit 6,22 Fm., 1 Ulme IV. Kl. mit 0,77 Fm., 2 Linden V., VI. Kl. mit 1,08 Fm., zusammen 12 Stück mit 8,07 Fm. (Vos III); 21 Roten IV., V. Kl. mit 13,75 Fm. (Vos IV); im ganzen 85 Stück mit 82,98 Fm.

Das Holz wird von Forstwart Trud. Groß in Untermünsterthal vorangelegt; Losverzeichnisse sind durch das Forstamt Staufen II zu beziehen.

Die Angebote sind entweder getrennt für I. Kl. jeder Klasse der einzelnen Holzarten oder nach Durchschnittspreisen für alle Klassen einer Holzart bis zum **Dienstag, den 11. März 1909, vormittags 10 Uhr**, beim Großh. Forstamt Staufen II schriftlich und verschlossen mit der Aufschrift **Laubholzverkauf betr.** einzureichen; die Eröffnung der Gebote und die Zuschlagsverhandlung findet am gleichen Tage um 10^{1/2} Uhr im **Gasthofe zum Kreuz in Staufen** statt und werden die Submittenten dazu eingeladen. X.607

Eisenkonstruktion.

Unter Hinweis auf die ministerielle Verfügung vom 3. Januar 1907 vergeblich wird auf dem Wege des öffentlichen Ausschreibens die Lieferung und Aufstellung des Eisenwerkes für die beiden Ueberführungen der Hauptbahn über die Freiburgstrasse im Gesamtgewicht von **498 000 kg** Stahlschienen, **15 100** Stahlfurmauß.

Die Pläne, Gewichtsberechnungen und Bedingungen liegen an Werktagen auf unserem Geschäftszimmer, Miesenstrasse 192, zur Einsicht auf. Nach auswärts werden diese Unterlagen nicht versandt.

Die Angebote mit Angabe des Einheitspreises für 100 kg, ausschließlich Deckanspruch, sowie der Gesamtsumme sind bis **Samstag, den 27. März 1909, vormittags 11 Uhr**, verschlossen, richtig frankiert und mit der Aufschrift: „Angebot auf Eisenkonstruktion der Hauptbahn“ versehen, an die unterzeichnete Dienststelle einzuliefern.

Zuschlagsfrist **8 Wochen**. X.577.2.1
Biel, den 25. Februar 1909.
Großh. Bahnbaupolizei II.

Bergebung von Tunnel- und Bahn-Bauten in Heidelberg.

Die gesamten Lieferungen und Arbeiten für den Bau des 2487 Meter langen 2-gleisigen Abtasttunnels und seiner Voreinschnitte und für die Tiefbauten der anschließenden Bahnstrecken Tunnel-Perlonenbahnhof und Tunnel-Königsbahnhof sollen unterteilt an eine Großunternehmung nach den Bestimmungen der Verordnung vom 3. Januar 1907 vergeben werden.

Die Lieferungen und Arbeiten umfassen im wesentlichen:

A. für den Tunnel:

Ausbruch	179 400 cbm
Beton und Bruchstein	
Mauerwerk	23 590 "
Berkestein-Mauerwerk	25 280 "
Badung	14 000 "
Steinbettung	10 700 "

B. für die Voreinschnitte und die anschließenden Bahnstrecken:

Erds- und Felsarbeiten	120 000 cbm
Böschungsanlagen	47 000 qm
Bruchstein-Mauerwerk	
oder Beton	8800 cbm
Berkestein-Mauerwerk	430 "
Straßenfahrbahn	6000 qm
Wegflächen	15 100 "
Abflectungen	200 m

Die Bedingungenunterlagen liegen auf unserem Dienstzimmer, Kleinschmidtsstraße 44 hier, zur Einsichtnahme auf und werden nicht nach auswärts versandt, sondern können nur persönlich gegen Kostenerfolg erhoben werden.

Angebote sind unter Benutzung der Muster verschlossen und mit der Aufschrift „Baulos I“ versehen, längstens bis **Montag, den 29. März 1909, vormittags 11 Uhr**, anher einzureichen, zu welchem Zeitpunkte die Eröffnung der Angebote stattfindet.

Die Zuschlagsfrist beträgt vier Wochen. X.548.3.2
Heidelberg, den 1. März 1909.
Großh. Bahnbaupolizei III.